Verband des privaten gewerblichen Straßenpersonenverkehrs Nordrhein-Westfalen VSPV e. V.

VSPV und SoVD werden Hand in Hand für ihr Herzensthema Inklusionstaxi kämpfen

Berlin, Dortmund 02.02.2026

Ein Herzensthema des Verbandes des privaten gewerblichen Straßenpersonenverkehrs Nordrhein-Westfalen VSPV e.V. ist die Verankerung des Inklusionstaxis als entgeltfrei nutzbares Verkehrsmittel für Berechtigte. Der VSPV vertritt als Mobilitätsverband anders als andere Verbände die unternehmerischen Interessen des privaten Straßenpersonenverkehrs in seiner gesamten fachlichen Breite. Dazu gehören Taxi- und Mietwagenunternehmen ebenso wie Omnibusbetriebe, Krankentransportunternehmen und Einrichtungen der Notfallrettung.

Umso bewusster ist einer der ersten gemeinsamen politischen Termine des Geschäftsführers des VSPV Sascha Waltemate und des Generalbevollmächtigten und Leiter des Hauptstadtbüros des VSPV Patrick Meinhardt in Berlin ein Treffen mit der Vorstandsvorsitzenden des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) Michaela Engelmeier, die derzeit auch die Sprecherin des Deutschen Behindertenrates ist.

Die feste Überzeugung, dass es eine bundesweite Initiative für die Einführung des Inklusionstaxis braucht, eint Engelmeier, Meinhardt und Waltemate.

Welcher Handlungsbedarf vorhanden ist, unterstreicht Sascha Waltemate mit Zahlen, die für sich sprechen:

„Deutschlandweit leben etwa 7,9 Millionen Menschen mit einer amtlich anerkannten schweren Behinderung, das entspricht 9,3 Prozent der Bevölkerung. Knapp die Hälfte von ihnen ist zwischen 55 und 74 Jahren alt, ein weiteres Drittel älter als 75 Jahre. Viele leiden unter körperlichen Einschränkungen: Bei rund elf Prozent sind Arme oder Beine funktionell beeinträchtigt, vier Prozent sind blind oder sehbehindert und vier Prozent haben Hör- oder Gleichgewichtsstörungen. Für diese Menschen reicht der Einstieg in Bus oder Bahn oft nicht aus – sie benötigen ein barrierefreies Tür-zu-Tür-Angebot.“

Dies ist ganz im Sinne des Sozialverbandes Deutschland, wie Michaela Engelmeier verdeutlicht: „Die Mobilität von Menschen mit schweren Mobilitätseinschränkungen ist ein zentraler Bestandteil der gesellschaftlichen Teilhabe. Das Sozialgesetzbuch IX verpflichtet Betreiber des öffentlichen Personennahverkehrs, schwerbehinderte Menschen gegen Vorzeigen eines entsprechend gekennzeichneten Ausweises

unentgeltlich zu befördern – Begleitpersonen, Rollstühle und andere Hilfsmittel eingeschlossen. Dieses Recht gilt bislang jedoch nur für Busse, Straßen- und S-Bahnen und nicht für das Taxi, obwohl dieses Teil des ÖPNV ist und so Teilhabe unmittelbar im städtischen und ländlichen Umfeld in vollem Umfang sichergestellt werden könnte. Der SoVD war und ist hier schon verlässlicher Partner in regionalen Politprojekten, wie in Berlin. Wir brauchen aber eine flächendeckende Lösung in bundespolitischer Verantwortung.“

Und deswegen haben der VSPV und der SoVD in ihrem gemeinsamen Gespräch verabredet, dass sie jetzt nochmals gemeinsam auf der Grundlage der UN-Menschenrechtskonvention einen Vorstoß bei der zuständigen Bundesministerin für Arbeit und Soziales Bärbel Bas starten. Ziel ist es das Inklusionstaxi im Sozialgesetzbuch zu verankern. Denn wenn barrierefreie Taxis auch hier als Teil des öffentlichen Nahverkehrs definiert werden würden, wäre die Voraussetzung für eine entgeltfreie Beförderung gegeben. In Ergänzung braucht es ein Bundesprogramm, das die Anschaffung und den barrierefreien Umbau von Taxis vollständig fördert und einen Runden Tisch des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, das Bundesministeriums für Verkehr, Länder, Kommunen, Mobilitäts- und Sozialverbänden und Behindertenräte, der das Gesetzgebungsverfahren begleitet, unbürokratische Beratungsangebote sicherstellt, Modellprojekte initiiert und die bundeseinheitliche Umsetzung koordiniert.

Patrick Meinhardt und Michaela Engelmeier ist als ehemaligen Bundestagsabgeordneten klar, dass dies ein Prozess wird, der seine Zeit brauchen wird.

Patrick Meinhardt bringt dies so auf den Punkt: „Bei jedem Verantwortlichen in Berlin oder den Ländern, mit dem wir über Mobilitätsgerechtigkeit, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und das Inklusionstaxi reden, rennen wir offene Türen ein. Aber wenn es dann darum geht, eine Initiative im politischen Raum zu starten, verweisen die Sozialpolitiker auf die Verkehrspolitiker, diese wieder auf die Finanzpolitiker und alle gemeinsam auf die Länder und diese wieder auf den Bund.

Um diesen Kompetenzdschungel zu durchbrechen, ist es vollkommen richtig, nun direkt an die zuständige Bundesministerin heranzutreten, um zumindest als erstem Schritt eine gemeinsame Beratung zu erreichen und so den Stein ins Rollen zu bringen. Die Ministerien erleben es selten, dass ein leidenschaftliches Herzensthema gemeinsam von einem Sozialverband und einem Unternehmerverband ein- und vorgebracht wird. Das ist ein großer Pluspunkt."

Berliner Treffen zum Inklusionstaxi:
VSPV-Geschäftsführer Sascha Waltemate, die Vorstandsvorsitzende des SoVD und Sprecherin des Deutschen Behindertenrates Michaela Engelmeier und der Generalbevollmächtigte und Leiter des Hauptstadtbüros des VSPV Patrick Meinhardt